

Quelle: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/andreas-von-r-tyi/us-behoerden-machen-druck-bundesstaat-versendet-illegalen-brief-an-eltern.html>

08.05.2016

## **US-Behörden machen Druck: Bundesstaat versendet illegalen Brief an Eltern**

**Andreas von Rétyi**

**Im Interesse der Industrie erhöhen Behörden in den USA den Druck auf Eltern, ihre Kinder impfen zu lassen. Der Bundesstaat Colorado versandte unlängst einen offiziellen Brief an Eltern, die sich gegen eine Impfung aussprechen. Dann entschuldigte sich die Behörde: Dieses Schreiben sei irrtümlich verschickt worden – doch der Vorstoß ist eindeutig, der Kurs klar. Nicht nur in den USA.**

Die Industrie macht ein Vermögen mit Impfstoffen, doch viele Bürger haben mittlerweile die Sachlage erkannt. Bereits etliche Impfmaßnahmen haben sich nicht nur als überflüssig erwiesen, sondern darüber hinaus auch immer wieder als gefährlich. Die Vorgehensweise ist ebenfalls längst sattem bekannt: Erst Panik schüren, dann möglichst viel Impfstoff verkaufen, und am Ende folgt die Entwarnung. Sicherlich, Vorbeugen ist besser.

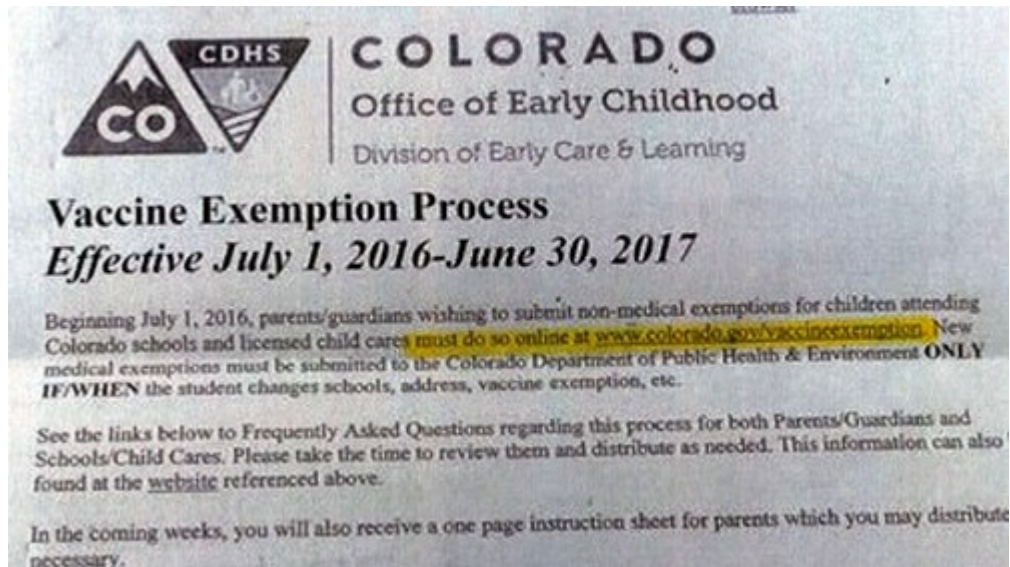
Damit aber hat das, was hier geschieht, oft eher wenig zu tun. Denn für die Industrie dreht es sich schlichtweg ums Geschäft. Besonders schlimm, wenn einmal wirklich Gefahr droht. Schweinegrippe & Co haben allerdings belegt, wie operiert wird. Interessant: Sobald die wichtigen Impfstoffverträge unter Dach und Fach waren, ging die Warnstufe runter.

Ob die Medikamente dann herumlagen und das Verfallsdatum überschritten, das war sekundär. Vereinzelt Todesfälle durch den H1N1-Virus waren teils hochstilisiert worden, häufig konnte kein direkter Nachweis erbracht werden. Ein renommierter Berater der Weltgesundheitsbehörde WHO bedauerte seinerseits hingegen sogar die Pandemieeinstufung der Schweinegrippe. Dadurch seien dem öffentlichen Gesundheitswesen nämlich wertvolle Gelder entgangen, die anderweitig sinnvoll verwendet werden hätten können. Hinzu kam das Risiko der nicht ganz zu vernachlässigenden Nebenwirkungen jener Impfstoffe, gerade auch durch nicht ausreichend erforschte Wirkstoffverstärker.

Je weniger die Öffentlichkeit vom Impfen hält, desto größer aber muss dann auch der Druck werden, um das Prozedere durchzusetzen. Dieser Druck wird immer offensichtlicher. Aktueller Fall aus den USA: Die Gesundheitsbehörde von Colorado hat einen eindeutigen Brief an Eltern versandt, die ihre Kinder nicht impfen lassen wollen.

Die Familien werden über eine rechtliche verankerte Regelung informiert, der zufolge sie verpflichtet seien, ihre Kinder auf einer staatlichen Internetseite registrieren zu lassen. Allerdings existiert ein solches Gesetz (noch) nicht.

Einen entsprechenden Vorschlag hat es bereits gegeben, nur drang er bislang noch nicht durch. Das kann sich schnell ändern. Die Unterstützer eines solchen Gesetzes werden gewiss nicht so leicht aufgeben. Immerhin, eine mächtige Lobby.



Nachdem die Aktion bekannt wurde, entschuldigte sich die verantwortliche Behörde zwar und erklärte, das Schreiben sei irrtümlich verschickt worden. Doch manche wollen das nicht glauben. Der Brief dürfte seine Wirkung vielfach kaum verfehlt haben, stammte er doch von einer staatlichen Behörde. Er schien sich auf bereits existierendes Recht zu beziehen.

Eltern äußerten sich beunruhigt gegenüber US-amerikanischen Tageszeitungen und brachten dabei auch ihre Sorge zum Ausdruck, dass hier der Versuch unternommen worden sei, ohne jede Rechtsautorität verschiedene Informationen über die Kinder zu gewinnen und möglicherweise jederzeit wieder darauf Bezug zu nehmen. »Wohin führt das? Und mit wem teilen wir diese Informationen?«, fragt eine betroffene Mutter.

Die betreffenden Behörden müssen sich nun den Vorwurf gefallen lassen, ganz bewusst falsche Tatsachen vorgetäuscht zu haben, denen sich die Eltern auf gesetzlicher Grundlage zu fügen hätten. Damit solle der Eindruck erweckt werden, die Impfungen seien dringend erforderlich. US-Senator Kevin Lundberg hält gegen ein entsprechendes Gesetz und erklärt zudem: »Dieses Online-Registrierungssystem verletzt die aktuellen Statuten voll und ganz. Sie haben nicht die Autorität, eine Online-Registrierung durchzuführen.«

Und Theresa Wrangham vom Nationalen Impf-Informationszentrum erklärte gegenüber einem TV-Sender in Denver, Colorado: »Sie wollen die Impfdatenbanken bevölkern, und sie wollen genau wissen, wer sich von den Impfstoffen fernhält und wo diese Leute leben. Ich denke, das ist eine Schikane-Taktik.« Nach Ansicht kritischer Kommentatoren läuft alles auf eine Diskriminierung der Impfgegnerschaft hinaus, was an sich nichts Neues sei.

Die Behörden seien sehr befremdet von der Unabhängigkeit und dem rebellischen Verhalten dieser Opposition, sie befürchteten, die übrige Bevölkerung werde schließlich von ihr so beeinflusst, dass die Regierung die Kontrolle über die Massen verlieren könnte.

Am Ende bleibt dann der Zwang über ein entsprechendes Gesetz, damit Politik und Big Pharma ihren Willen wieder einmal durchdrücken können.